

5. Rufschädigung im Antrag und durch das Parteiausschlussverfahren

Im Antragsschreiben werden immer wieder Beschreibungen meiner Person getätigt, die mich als autoritären und aggressiven Charakter darstellen. Da ich mich in diesen Beschreibungen nicht wieder erkenne und jeder aus meinen sozialen Nahraum eher zu einer gegenteiligen Darstellung käme, geben diese nicht belegten Behauptungen eher Aufschluss über die voreingenommene Sichtweise der Antragsteller/innen als über meine Person.

Als berufserfahrener – und zugegebenermaßen auch beliebter - Lehrer bin ich geübt, in einer Fülle von sozialen Kontexten zu agieren. In vielen Projekten und Initiativen habe ich bereits vor meinem Parteieintritt 2007 mit anderen Personen zusammen inhaltlich und organisatorisch etwas auf die Beine gestellt: 10 Jahre Bürgerinitiative *Lebenswertes Kürenz* mit einem gegen die Stadt Trier gewonnenen Normenkontrollverfahren, 10 Jahre internationale und schulenübergreifende Schülerkonferenzen zu sozialpolitischen Themen und die Initiierung des Stolpersteinprojekt in Trier mit dem Kulturverein Kürenz.

Im Stadtrat und in der Stadt erfahre ich Ansprache und Unterstützung. Es gelingt mir, Beziehungen ideologiefrei zu gestalten, weil ich zwischen Beziehungsebene und Sachebene unterscheiden kann. In diesem Sinne verbiete ich mir auch als Theologe, der auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes sein Leben gestaltet, die persönlichen Unterstellungen eines negativen Charakters im Antragschreiben, die zudem auf Falschaussagen – wie der haltlose Hinweis auf aggressive Gesprächsinhalte mit einem „führenden Sozialdemokraten“ - beruhen.

Die Art und Weise wie Dr. Johannes Verbeek mit der Partei umgeht, kann man umgangssprachlich mit „Friss oder stirb.“ ausdrücken. In einem Gespräch auf der 1.Mai Demo in Trier unterrichtete uns ein führender Sozialdemokrat, dass Dr. Johannes Verbeek in einem persönlichen Gespräch sinngemäß über die Kreispartei gesagt habe, was ihm nicht gehöre, das mache er kaputt.

Hier wird ein Sachverhalt behauptet, der sich so sicher nicht ereignet hat. Das ist weder mein Sprachgebrauch noch meine Art, mit Menschen umzugehen, selbst wenn dies von den Antragsteller/innen immer wieder so dargestellt wird. Es sei allerdings an dieser Stelle nicht unerwähnt, dass genau dieses Urteil lapidar über die machtpolitischen Strategien von Katrin Werner (MdB) kursiert. Vielleicht ist dem „führenden Sozialdemokraten“, (wer immer dies ist?) hier eine Verwechslung passiert.

Die Antragsteller/innen vertreten zudem die Meinung, dass ich meinen Willen durchsetzen möchte (und dazu anscheinend auch die Presse nutzen kann!) Es sei hier aufgelistet, wo ich überall parteiintern meine Vorstellungen nicht durchgesetzt habe, dafür aber meine Stadtratskollegen Gleißner (im August) und dann Werner sich durch gesetzt haben. Ich wollte Folgendes nicht und habe stattdessen ihr Votum toleriert:

- Fraktionsvorsitz Gleißner im August 2009 trotz Spitzenkandidatur meinerseits
- Ausschussbesetzung SWT durch Linde Andersen (anstelle sachpolitisch kompetenter Genossen)
- Einstellung von Konstantin Kanty als Fraktionssekretär (anstelle einer organisatorisch kompetenten Person)

- Besetzung des Schulträgerausschusses durch Konstantin Kanty (anstelle sachpolitisch kompetenter Genossen)
- keine eigene Fraktionshomepage und keine Mitgestaltung von www.die-linke-trier.de als Kreisvorsitzender
- Besetzung Kulturausschuss durch Katrin Werner (statt des bislang nicht würdigten und zuverlässig sachpolitisch kooperierenden Genossen Schroll)

Wogegen ich mich allerdings sehr dezidiert ausgesprochen habe, ist die weitere Besetzung von Ausschüssen (z.B. im Frühjahr 2010 den Kulturausschuss) allein durch Marc-Bernhard Gleißner auf Kosten anderer Genossen, die die Linken im Stadtrat noch nicht vertreten. Gleißner ist neben seinem Promotionsstudium Wahlkreismitarbeiter, im Ortsvorstand, stellvertretender Kreisvorsitzender, für die LINKEN im Stadtrat zum einen im Ausschuss für Integration und Migration und zum anderen im Schulträgerausschuss aktiv. Beide Ausschüsse tagen häufig und der Fraktionsvertrag legt eine Teilnahme an Fraktionssitzungen fest, wenn der Ausschuss etc. tagte. Gegen seine zusätzliche Vertretung im Kulturausschuss - so der Vorschlag von Katrin Werner im Frühjahr 2010 - habe ich mich dezidiert ausgesprochen, weil Gleißner gleichermaßen wie Werner eine m.E. mit einer linken Grundhaltung kaum legitimierbare Ämterhäufung betreibt.

Desweiteren stellt sich die Frage, was ich wirklich bestimmt habe. Mir fällt nicht viel ein. Ich sprach mich dafür aus, dass nicht die bundespolitisch orientierte und in der Lokalpolitik nicht so versierte Katrin Werner mit dem Fraktionsvorsitz beginnen würde, sondern ich. Wenn ich Vorschläge machte, wurden die Strukturen so verändert, dass sie nicht mehr möglich waren. Als ich am 2. März 2010 nach einer der vielen Fraktionssitzungen ohne Katrin Werner dieser per Mail vorschlug, den Genossen Schroll als Vertreter für Linde Andersen informieren zu wollen, weil diese seit 28. Februar „Urlaub von der aktiven Fraktionsarbeit“ nehmen wollte, und als ich den Sportwissenschaftler und Genossen Schnitzler für den Sportausschuss und den Genossen Knud Kudnig für den Kulturausschuss vorschlug (d.h. ja noch nicht „bestimmte“), weil beide zu diesem Zeitpunkt auch sachpolitisch in den Fraktionssitzungen mit mir kooperierten, kündigte Katrin Werner eine Woche später die Fraktion auf.

6. Meine politische Positionierung innerhalb der LINKEN

Wir die Unterzeichner dieses Ausschlussverfahrens haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Uns ist bewusst, dass ein Ausschluss von Dr. Johannes Verbeek dazu führen kann, dass es in dieser Legislatur keine Linksfraktion im Trierer Stadtrat geben wird. Jedoch sehen wir unter den momentanen Bedingungen keine Möglichkeit wie eine Fraktion zu Stande kommen sollte. Eher sehen wir das Problem, dass durch Dr. Johannes Verbeek eine ständige Störung der Öffentlichkeitsarbeit der LINKEN in Trier stattfinden wird. Zum Wohle der Partei beantragen wir seinen Ausschluss, damit wir ungestört den Landtagswahlkampf begehen können. Den Schaden, der durch den Ausschluss Dr. Johannes Verbeeks entsteht, schätzen wir jedoch geringer ein, als die permanente Schädigung der Partei, die wir im letzten Jahr erfahren haben und weiter befürchten müssen, wenn Dr. Johannes Verbeek weiterhin Mitglied der Partei bliebe.

6.1. Die Verantwortung für das Verhalten von Katrin Werner trägt nicht der OV

Vor einer allgemeinen Betrachtung der politischen Positionierung der Antragsteller/innen in diesem Textabschnitt sei ein Satz noch einmal herausgestellt:

Jedoch sehen wir unter den momentanen Bedingungen keine Möglichkeit, wie eine Fraktion zustande kommen sollte.

Eine Fraktion zu bewerkstelligen ist nicht Aufgabe der Antragsteller/innen. Hier übernehmen die Antragsteller/innen Aufgaben, die nicht ihre sind. Eine Fraktionsbereitschaft glaubwürdig zu zeigen, ist allein die Aufgabe von Stadträtin Katrin Werner, die an den Fraktionsvertrag gebunden ist, wenn sie eine Fraktion will, wie sie sagt. Jedes Moderationsgespräch würde genau zu diesem Ergebnis führen. An dieser Stelle sei noch einmal betont, dass die Möglichkeit, die formalen Anforderungen, die im Fraktionsvertrag festgelegt sind, zu erfüllen, jederzeit gegeben ist. Katrin Werner muss nur wie im Vertrag vereinbart kommen, berichten und das politische Verhalten mit mir als Fraktionskollegen abstimmen. Und sie sollte dies unterstützend und nicht Genossen verhindernd tun. Und es muss sich – verständlicherweise - bei mir Vertrauen entwickeln, dass sie nicht nur kurzzeitig, sondern verlässlich kooperiert. Da ich eine verlässliche inhaltliche (nicht organisatorische) Kooperation mit mir seitens Katrin Werner noch nicht erlebt habe, müssten mein Misstrauen und die Bedingungen meinerseits, nämlich Anzeichen für eine Erfüllung des Fraktionsvertrags seitens Frau Werner, verständlich sein. Wenn Katrin Werner den Fraktionsvertrag aus persönlichen Gründen nicht erfüllen kann, kann sie ihr Mandat nicht ernsthaft wahrnehmen wollen. Das kann dann aber nicht zu meinem Problem gemacht werden.

Nachtragend bin ich nicht, obgleich das Maß an Affront gegen meine Person natürlich übertoll ist. Ich bin allerdings pflichtbewusst (und übrigens mit Freude im Stadtrat für die LINKE und für Trier aktiv).

6.2. Fragwürdiges Demokratieverständnis

Die Verfasser/innen verraten in dem Schreiben und im oben zitierten Schluss ihres Ausschlussantrags viel über ihre Idee einer einheitlichen, ideologisch eng geführten Linkspartei. Im gesamten Ausschlussantrag wiederholt sich ein Eindruck, der schon im Einspruch gegen die Mitgliedschaft meiner Frau und gegen die von Norbert Damm durch Marc-Bernhard Gleißner und durch Leo Geiter (KV-Vorstand bis Juni 2010) im März 2010 deutlich zutage trat.

Im obigen Textausschnitt ist bemerkenswert, dass von den Antragsteller/innen wieder der Denkfehler gemacht wird, der auch schon in dem Gleißnerschen Einspruch dominierte: „Die Partei“ wird mit dem „KV Trier-Saarburg“ gleichgesetzt. Die nicht zu bestreitende mangelnde Passung meinerseits (und anderer Genossen und Bürger: siehe auch unter 8. Meinungen) mit der ideologisch engen Führung der Partei in Trier-Saarburg wird dann zu einer mangelnden Passung meinerseits mit der „Partei DIE LINKE“ - ein kardinaler Denkfehler, mit der fatalen Folge, mir in einem Parteiausschlussverfahren ein nicht zu überbietendes Misstrauen auszusprechen.

Der KV Trier-Saarburg unterscheidet sich grundlegend von anderen KVs im Land, die mehr Meinungspluralität zulassen und auf ihrer Homepage auch repräsentieren. Selbst Pressemitteilungen des Landes im Kontext der weitergeleiteten Daten über die Mitgliederzahlungen am 19. 8. 2010 kommen nicht so autoritär daher wie das Schreiben der Antragsteller/innen. Zudem positionieren sich derzeit so viele Personen innerhalb der LINKEN, dass ich in meiner politischen Position nicht alleine bin. Nehme ich nur das Positionspapier „Spaltung statt Integration“, das 1/3 der KV-Vorsitzenden im Land unterschrieben haben, so hätte ich viele KVs zur Auswahl, zu denen ich gut passte!

In letzter Konsequenz denke ich, dass die mangelnde Meinungspluralität und das gänzliche Fehlen inhaltlicher Diskussionen zur Krise in Trier (mit Parallelen in anderen KVs und in der Landespartei) geführt haben.

Es gehört zu dem grundlegenden Missverständnis der Schreiber/innen, dass man Politikerinnen und Politiker der eigene Partei nicht kritisieren dürfe. Tut man dies parteiintern, wie ich es über ein Jahr (ca. ab März 2009 bis März 2010) versucht habe, dann eignen sich Verzögerung und Kommunikationsblockaden sowie Attribute wie „Chaotisieren“, um die kritische Äußerung des anderen zu politischen Sachverhalten und zu organisatorischen Fragen zur Abwertung der Person zu nutzen. Psychologisch gesehen, sind Kommunikationsblockaden, Anschweigen, Beschimpfungen und das Vermöglichen von Betätigung klassische Muster von Mobbing und Bossing.

Allein in der einen Woche, in der ich diesen Text verfasse, zeigen sich wieder die oben beschriebenen Muster der Verzögerung und Ausgrenzung, die sich seit einem Jahr, das heißt vielfach potenziert, ereigneten:

[Beleg 6.2.1](#)
Stellungnahme meiner Frau gegen den Einspruch von Gleißner gegen ihre Mitgliedschaft

[Beleg 6.2.2](#)
Ausdrucke aus www.linke-kk.net

[Beleg 6.2.3](#)
Kritik am Parteiausschluss von Alexander Ulrich seitens der Bundesgeschäftsstelle

[Beleg 6.2.4](#)
Kritik an der Spaltung der Partei mit den Unterschriften von 10 KV-Vorsitzenden

[Beleg 6.2.5](#)
Unterschriftenaktion im Internet

[Beleg 6.2.6](#)
Brief Bierbaum vom 27. Juli 2010

Ich maile Katrin Werne Mitte August an, dass ich gerne auf die Aufforderung der Stadtverwaltung, den Runden Tisch „Schulentwicklung“ mit einem Vertreter zu besetzen, reagieren möchte. Sie muss die Aufforderung, den Runden Tisch Schulentwicklung zu besetzen ebenfalls erhalten haben, zumal es sich um ihr Dezernat handelt. Ich bitte Katrin Werner, der im Fraktionsvertrag bereits vereinbarten und schriftlich festgelegten Vertretung von Veronika Verbeek für den Runden Tisch zustimmen. Eine gemeinsame Entscheidung müsse der Stadtverwaltung gegenüber artikuliert werden. Ich bitte sie um eine Rückmeldung bis zum 18. August, an dem ich Frau Birk Bescheid geben möchte. Ich habe keine Antwort erhalten. Unzählige weitere parallele Beispiele könnten erzählt und belegt werden.

Ich schreibe Gleißner an mit der Bitte, mir die KV-Protokolle vom vergangenen Jahr für diese Gegendarstellung zur Verfügung zu stellen. Er schreibt mir zurück, er habe keine Zeit, weil er umziehe und das Büro umgebaut würde, käme erst am Ende der Woche an den PC im Wahlkreisbüro. Es kommen noch zwei verzögernde E-mails mit dem Ergebnis, dass mir die Protokolle erst am 25. August zur Verfügung gestellt werden können. Was für die Gegendarstellung zu spät ist. Ich erhalte die Protokolle, die ich eigentlich als KV-Vorsitzender schon haben müsste, nicht.

Dann trifft Gleißner eine Stunde verspätet beim Schulträgerschuss am 18. August 2010 ein. Ich spreche ihn an, ob Veronika Verbeek für den Runden Tisch zur Schulentwicklung angemeldet werden kann. Er meint, das sei im Sinne Katrins.

Es drückt sich im abschließenden Absatz des Ausschlussantrags meiner Einschätzung nach eine beinahe naiv anmutende Idee einer Einheitspartei aus, die die Ausübung der Grundrechte nicht mehr erlaubt. Da es sich bei der Partei DIE LINKE durch Programm und Bundessatzung eben um keine Einheitspartei handelt, sondern um eine demokratische Partei, müssen auch kritische Stimmen möglich sein. Glücklicherweise gibt es genug Genossen, die dies auch so sehen. Intoleranz und ein Verbot der Meinungsbildung ist mir für einen linken Politiker / eine linke Politikerin nämlich unverständlich.

Die bürgerliche Presse in Trier zeigt sich in Bezug auf die Meinungspluralität innerhalb einer Partei übrigens weitaus toleranter als meine Genoss/inn/en. Unter dem Titel „... und raus bist du!“ schreibt der Lokalchef Michael Schmitz:

Linke Brechstangen-Politik

Auch in anderen Parteien gibt es Flügel, Lager, Meinungsverschiedenheiten. Auch in anderen Parteien werden interne Konflikte oft öffentlich ausgetragen. Selten allerdings geht es bei der Konfliktlösung allerdings derart rabiat zu wie bei den Linken im Land. Nicht nur Verbeek soll aus der Partei ausgeschlossen werden, sondern auch der bis vor Kurzem noch als Landesvorsit-

[Beleg 6.2.7](#)
Unbeantwortete E-Mail an Werner vom 14.8.2010

[Beleg 6.2.8](#)
Kommentar im TV am „...und raus bist Du!“

zender amtierende Bundestagsabgeordneter Alexander Ulrich. Bei anderen Parteien ist ein Parteiausschluss das allerletzte Mittel der Auseinandersetzung. Bei den Linken wird er langsam zur Routine. Motto: Andere Meinung = Ausschluss. Wer so agiert, hat ein bedenkliches Verständnis von Demokratie.

Grundsätzlich gilt: Wer demokratische Regeln einhält, wird nicht kritisiert. Auch die Antragsteller/innen machen von ihrem Recht auf Meinungsäußerung – auch in Online-Foren - Gebrauch, nur mit anderen Inhalten. Den Schreiber/innen scheint nicht klar, dass jeder sich positioniert, sei es durch Nicht-Informieren, durch Informieren oder durch die Auswahl der Information. Auch der KV Trier-Saarburg positioniert sich in Abhängigkeit aktueller Mehrheiten. Bestimmte Parteiinhalte tauchen auf, andere nicht.

6.3. Landtagswahlkampf

Im oben zitierten letzten Abschnitt des Ausschlussantrags heißt es:

Zum Wohle der Partei beantragen wir seinen Parteiausschluss, damit wir ungestört den Landtagswahlkampf bestehen können.

Dazu passt an anderer Stelle:

Die Parteischädigung von Dr. Johannes Verbeek geht somit über die Grenzen des Kreisverbandes Trier-Saarburg hinaus, andere KVs und sogar der Landesverband werden von öffentlich scharf angegriffen und in ihrer Öffentlichkeitsarbeit medienöffentlich sabotiert.

Dramatisierende Ausführungen dieser Art finden sich vor allem (inhaltlich nicht ganz schlüssig) unter *// Vorstandswahlen*. Hier wird meine Rolle in der Partei vollkommen überhöht.

Ich habe kein Amt auf Kreisebene mehr und auch kein Amt auf Landesebene. Ich bin allerdings kreisübergreifend in politischem Austausch, der in einer wohlthuenden Sachlichkeit gelingt. Im Text wird mir zudem einfach unterstellt, ich wollte den Wahlkampf im März 2011 stören, ohne dass es dafür Belege gäbe.

Die Probleme eines nicht geschlossenen Wahlkampfes werden nicht in Trier geschaffen, dazu trägt die aktuelle Spaltung der Partei auf Landesebene selbst bei. Als Beispiel sei in diesem Zusammenhang nur das Interview von Robert Drumm genannt, in dem übrigens viele Parteiinterna ausplaudert werden und ein sehr ungünstiges Licht auf die Motivlage des Spitzenkandidaten im Landtagswahlkampf geworfen wird. Im März 2011 wählen die Trierer Bürgerinnen die Landtagskandidaten und nicht die Stadträt/inn/en als Repräsentanten der Partei DIE LINKE.

DIE LINKE verspielt m.E. ihre Glaubwürdigkeit einer demokratischen Streitkultur, wenn sie den Parteiausschluss, der sich z. Zt auf mehrere Genossen ausweitet, als Lösung für politische Konflikte missbraucht. Dies gilt vor allem dann, wenn – wie im vorliegenden Fall – falsche Tatsachen behauptet werden. Für die Landtagswahl stünde die Rehabilitation des Rufes durch Annäherung und nicht durch Spaltung der Lager an. Parteiausschlussverfahren in Revisionen verlängern den Konflikt in der öffentlichen Pressewahrnehmung. In diesem Sinne ist das Vorgehen der Genoss/inn/en nicht nur inhaltlich höchst fragwürdig - was ich hoffentlich in dieser Gegendarstellung zeigen konnte – sondern auch strategisch gesehen ausgesprochen ungünstig und kontraproduktiv nicht nur für die kommende Landtagswahl, sondern auch für DIE LINKE in Trier.

[Siehe Beleg 4.7.1](#)
Interview mit Robert Drumm

7. Konsequenzen eines möglichen Parteiausschlusses für Trier

Im abschließenden Abschnitt der Anklageschrift heißt es:

Zum Wohle der Partei beantragen wir seinen Parteiausschluss, damit wir ungestört den Landtagswahlkampf bestehen können. Den Schaden, der durch den Ausschluss Dr. Johannes Verbeeks entsteht, schätzen wir jedoch geringer ein, als die permanente Schädigung der Partei, die wir im letzten Jahr erfahren haben und weiter befürchten müssen, wenn Dr. Johannes Verbeek weiterhin Mitglied der Partei bleibt.

Leider drückt dieser Beitrag aus, dass die Antragsteller/innen als Kreisvorstandsmitglieder und Trierer/innen keine politischen Ziele für Trier verfolgen. Sowohl in der Einladung zur Kreismitgliederversammlung zur Wahl des neuen Vorstandes, dass sich der KV **allein** in den Dienst des Landtagswahlkampfes stellt, so wie er sich im vergangenen Jahr allein um den Bundestagswahlkampf von Katrin Werner kümmerte. KV-spezifische Inhalte fehlten, nur Karl-Georg Schroll und ich haben kommunalpolitische Inhalte vorgedacht und in einem Kommunalpolitischen Programm umgesetzt.

Von daher kann mein Beitrag für die Politikearbeit in Trier auch nicht gesehen werden. Er ist aber für die Genossen und Genossinnen der Schiedskommission unter www.johannes-verbeek.de und über die AG DIE-LINKE-stadtpolitik-trier unter www.die-linke-stadtpolitik-trier.de einsehbar. Die Presse über die inhaltliche Arbeit durch Anfragen im Stadtrat und meine Präsenz im öffentlichen Leben von Trier sind gut – trotz der negativen Presse im Konflikt mit Katrin Werner und ihrer Unterstützer/innen. Ich werde regelmäßig zu Statements befragt, obgleich ich nicht mehr Fraktionsvorsitzender der Partei bin. Die Pressevertreter/innen wissen, dass ich eigenständig kommunalpolitische Beiträge leisten und in Diskussionen Positionen vertreten kann.

Unabhängig von seiner Haltlosigkeit finde ich das Parteiausschlussverfahren gegen meine Person strategisch gesehen für vollkommen unproduktiv, was die Landtagswahl in 2011 betrifft. Wie bereits oben zitiert, berichtet der Trierische Volksfreund darüber sehr kritisch und kommentiert das Parteiausschlussverfahren bereits jetzt als Ausdruck von Intoleranz. Das Online-Journal 16vor berichtet nicht, was schon eine Information darstellt, weil dieses Nachrichtenmedium bislang sehr kritisch mir gegenüber eingestellt war. Wenn es nicht berichtet, hat es nichts gegen mich zu berichten.

Ob es die Antragsteller/innen glauben oder nicht: Meine Person wird langfristig mit der Partei DIE LINKE in Verbindung gebracht werden. Das wird sich auch nicht mit einem beabsichtigten Parteiausschluss ändern. Ich bin seit meinem Engagement in der 10 Jahre aktiven Bürgerinitiative *Lebenswertes Kürenz* und seit

www.johannes-verbeek.de

www.die-linke-stadtpolitik-trier.de

Aktuelle Beispiele:
[Beleg 7.2.](#)
Artikel über
Südbad

[Beleg 7.3.](#)
Beantwortete
Presseanfrage
von 16.vor

[Beleg 6.2.8](#)
TV-Artikel vom
30.7.

meiner erfolgreichen Normenkontrollklage gegen die Stadt Trier ein öffentlich bekannter Mensch in Trier. Die Presse im vergangenen Jahr hat noch ihren oft höchst unangenehmen Beitrag dazu geleistet. Zudem bin ich an einem großen Trierer Gymnasium berufstätig, was durch die vielen ehemaligen Schüler/innen ebenfalls Bekanntheit herstellt.

Da ich ein politischer Mensch bin und immer politisch aktiv sein werde, wird die beabsichtigte Ausgrenzung meiner Person nicht so gelingen, wie es bei bisherigen Parteiausschlussverfahren oder bisherigen „Vertreibungen“ aus dem KV Trier-Saarburg im Jahre 2008 erfolgreich war. Die Namen sind bekannt.

Die oben skizzierte Konsequenz, dass es keine Fraktion mehr gebe, verharmlost die extreme weitere Schwächung der Partei DIE LINKE im Trierer Stadtrat durch die Absicht eines Parteiausschlusses meiner Person: Alle Mitspracherechte und jegliche inhaltliche Einflussnahme in Sachdiskussionen fiele für die verbleibenden vier Jahre weg. In ihrer bundespolitischen Orientierung wird Katrin Werner nie die kommunalpolitische Präsenz in Diskussionen zeigen können, die nötig ist, um sich gegen die akademisch gebildeten Fraktionen der SPD und der Grünen und natürlich auch gegen die der CDU, FDP und FWG argumentativ durchsetzungskräftig und durch Ortskenntnis in einem breiten Themenspektrum zu positionieren.

Zur Zeit behandelt die Stadt Katrin Werner und mich als derzeit fraktionslose Stadträte noch als „politische Gruppierung“, so dass zahlreiche Ausschüsse, Gremien und Arbeitsgemeinschaft von Vertreter/innen der LINKEN besetzt werden können: Dezernate I, II, III, IV, Schulträgerausschuss, Kulturausschuss, Bürgerhaushalt, Beirat für Integration und Migration, Denkmalpflegeausschuss, SWT u.a. All dies fiele weg.

Natürlich war die Nicht-Erfüllung des Fraktionsvertrags seitens Katrin Werner und vieler Vertreterinnen in Gremien und Ausschüssen bereits eine unverzeihliche Schwächung der Gestaltungskompetenzen der LINKEN in Trier. Ein Parteiausschlussverfahren macht deutlich, dass den Antragsteller/innen und dem KV, für den die Antragsteller/innen sicherlich auch stehen, kein Interesse an LINKER Politik in Trier haben. Sonst würde man nicht nur, sondern man müsste auch andere Wege als die ununterbrochen ausgrenzenden gehen.

8. Meinungen

Der Meinung der Antragssteller/innen, ich wirke parteischädigend, seien abschließend einige E-Mails gegenüber gestellt, die mich in den Tagen nach der Bekanntgabe des Parteiausschlussverfahrens gegen meine Person erreichten. Es traf übrigens (z.B. anonym) keine Mail ein, die dem Ausschlussverfahren spontan zustimmte, was ja auch denkbar wäre.

Sie passen zu einem hier nicht weiter belegbaren, aber sehr dominanten Eindruck, dass sich sehr viele Personen aus dem Spektrum der sozialen Berufe und der akademischen Berufsgruppen, denen ich täglich begegne, eindeutig als linkspolitisch artikulieren, sich aber nie zusammen mit den Personen im KV Trier-Saarburg engagieren würden, weil sie die Machenschaften gegen meine Person wahrnehmen und weil ihnen die demokratische Kultur fehlt (Übrigens ist die Streitkultur in jeder Lehrerkonferenz demokratischer als im KV Trier-Saarburg!). Typischerweise sagen diese Personen, denen ich im beruflichen und städtischen Alltag begegne, dass sie sich das „nicht antun“ könnten.

Ich kenne die Personen, die unten schriftlich ihre Solidarität und ihre Kritik am KV Trier-Saarburg ausdrückten, nicht persönlich. Ihre E-Mails habe ich der Liste an Belegen nicht beigefügt, weil es sich um persönliche Mitteilungen handelte. Sie liegen natürlich vor.

Verschiedene Leute bei den Linken, Sie natürlich sicher ausgenommen, sehe ich nicht als geeignet, sondern eher als gefährlich. Auch nach den Attacken auf Sie!

„Meine feste Überzeugung ist, dass die Linke in Trier und in Rheinland-Pfalz in einer chaotisch-unrealistisch-machtbezogenen Struktur feststeckt, hat sich bereits vor 2 Jahren gezeigt. (...) Auch in Trier sind Personen aktiv, dass sich daraus die Frage erlaubt sei: was wollen die wirklich? Welche Ziele haben sie? Wohin geht's? Persönliches Machtgehabe, Egoismus, vorzeitliches Denken? Die Parteistruktur der Linke in Trier und RLP ist für mich nach wie oder noch mehr sogar als je zuvor unhaltbar, undemokratisch und weltfremd. (...) Dies zeigt sich im Übrigen ganz deutlich in denen Sie persönlich betreffenden Dingen (...)

Es geht eben nicht um politische Ziele, sondern oftmals um die eigene Zielerreichung. Dazu gehören das „aus dem Wege räumen“ von anderen Personen, die halt im Wege stehen, die Mittel sind egal, Hauptsache ... das eigene, egoistische Ziel kann erreicht werden.

Es kann doch kein Zufall sein, dass in allen KV, in denen sich MdB befinden, besonders starke Turbulenzen stattfinden.

Wir kennen uns persönlich nicht. Deine politische Arbeit, die du durch die vielen Anträge etc. dokumentiert hast, imponiert mir. Dass du von der Mehrheit der Trierer Genossen gedisst wirst, ist sehr bedauerlich und für mich von außen betrachtet nicht nachzuvollziehen.

Das angestrebte Parteiausschlussverfahren gegen Johannes ist wohl der bisherige Gipfel des parteipolitischen Kasperle Theaters, welches wohl mutmaßlich der Feder um die Gruppe Katrin Werner entspringt. Jedoch stimmt mich dieser, doch sehr infantile Vorstoß eher heiter denn beängstigend! Aber dieser erneute Versuch, politische Gegner mundtot zu machen, zeigt auch in aller Deutlichkeit, um was es in diesem Streit wirklich geht. Das wiederum macht mich sehr nachdenklich, da sich auf KV als auch auf LV Ebene Gruppierungen formieren, die ich als Pro Werner bezeichnen würde.